

Fokus Kulturförderung

Bilanz

der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

18. Wahlperiode (2013-2017)



Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag steht weiterhin fest an der Seite der Kultur- und Medienschaffenden.

Leitlinie unseres politischen Handelns bleibt der Schutz der Freiheit der Kunst und der Medien. Unseren politischen Gestaltungsauftrag sehen wir in der Sicherung und Schaffung dafür geeigneter Rahmenbedingungen, in der finanziellen Unterstützung kulturellen Schaffens und der Bewahrung des kulturellen Erbes. Dabei sind wir uns bewusst, dass die im Grundgesetz verankerte originäre Zuständigkeit für Kultur und Medien bei den Ländern und den Kommunen liegt.

Die Arbeitsgruppe Kultur und Medien befasst sich mit der Förderung national bedeutsamer Kunst und Kultur, der Erinnerungskultur, der Filmförderung und der Medienpolitik. Zu den drei größten Einrichtungen im Kulturhaushalt des Bundes gehören die Deutsche Welle, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und die Stasiunterlagenbehörde.

Nach der Bundestagswahl im September 2013 sind wir gut gestartet. Auf zehn Seiten hatten wir uns im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD 2013 im Bereich Kultur und Medien mit deutlicher Unionshandschrift eine längere Reihe von Zielen gesetzt. Nun, am Ende der 18. Legislaturperiode, können wir erfolgreich bilanzieren: Alle unsere Vorhaben sind umgesetzt oder auf guten Weg gebracht. Dies ist uns vor allem auch Dank der aktiven Unterstützung unseres Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder MdB, unserer Staatsministerin Prof. Monika Grütters MdB und unserer Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages gelungen.

Noch nie war uns Kulturförderung so viel wert!

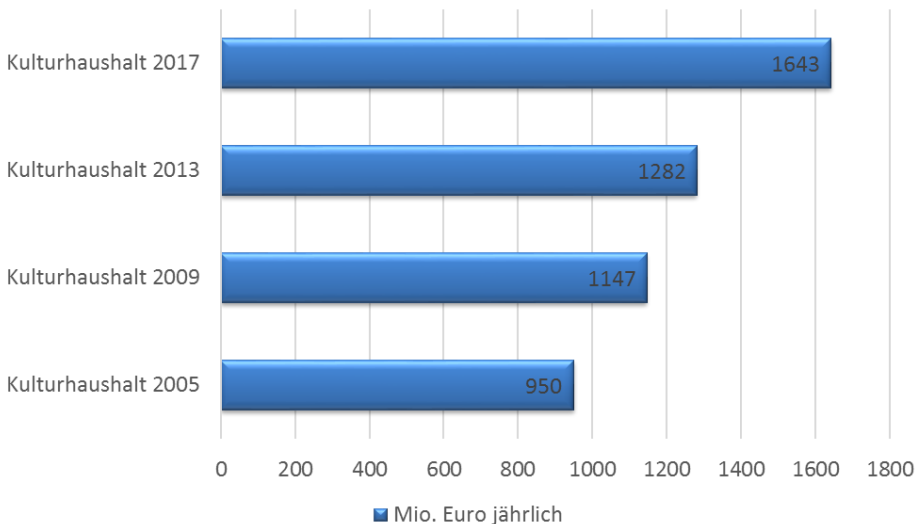


Marco Wanderwitz MdB
kultur- und medienpolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Kulturhaushalt jährlich erhöht

Unser Hauptziel, den Kulturhaushalt auf hohem Niveau weiterzuentwickeln, haben wir deutlich erreicht. Seit 2013 wurden die Mittel für die Kulturausgaben um insgesamt weitere 400 Millionen Euro erhöht. Der Kulturetat 2017 ist mit 1,63 Milliarden Euro jährlich so hoch wie nie zuvor. 2005 betrug der Bundeskulturhaushalt 950 Millionen Euro. Im Regierungsentwurf für 2018 sind weitere Steigerungen angelegt.

Entwicklung Bundeskulturhaushalt



Neben dem Bund (13,6 Prozent) tragen die Länder mit 41 Prozent und die Städte und Gemeinden mit 45,4 Prozent den größten Anteil an den Kulturausgaben der öffentlichen Hand in Höhe von insgesamt rund 9,9 Milliarden Euro jährlich.

Humboldt Forum auf gutem Weg

Das Humboldt Forum im Berliner Stadtschloss ist das bedeutendste kulturpolitische Vorhaben mit internationaler Strahlkraft. Mit der Gründung der Humboldt Forum Kultur GmbH und der Ernennung der Gründungsintendantin von Neil Mac Gregor, Prof. Dr. Horst Bredekamp und Prof. Dr. Hermann Parzinger sind weitere wichtige Schritte gemacht worden.

→ [Link zum Humboldtforum](#)

„Das Humboldt Forum steht für das Selbstverständnis eines weltoffenen Deutschlands – das Bekenntnis zu Europa, Die Neugier auf die Welt, den Willen zu Verständnis und Verständigung im Umgang mit anderen Kulturen. Nach Jahren der notwendigen Selbstbezüglichkeit und der Aufarbeitung unserer jüngeren Geschichte wollen wir uns hier als Partner in der Welt empfehlen.“

Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters MdB



Berlin bekommt neues Museum der Moderne

In Erweiterung der Neuen Nationalgalerie entsteht in den nächsten Jahren am Berliner Kulturforum ein Museum für die Kunst des 20. Jahrhunderts. Dafür haben wir im November 2014 insgesamt 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Im Oktober 2016 wurde nach einem mehrstufigen Wettbewerbsverfahren der Siegerentwurf des Architekturbüros von Herzog & de Meuron gekürt.

→ [Link zum Museum der Moderne](#)

Kultureinrichtungen von nationaler Bedeutung

Auf Grundlage des Koalitionsvertrages haben wir vier national bedeutsame Kultureinrichtungen gefördert: das Romantikmuseum in Frankfurt am Main, das Schaumagazin für Künstlernachlässe in der Abtei Brauweiler, das Residenzschloss Dresden und das Internationale Tanzzentrum Pina Bausch in Wuppertal.

→ [Link zu Kultureinrichtungen des Bundes](#)

Deutsches Zentrum für Kulturgutverluste gegründet

Wir haben die historische Verpflichtung, Kulturgüter zu ermitteln und zurückzugeben, die in der NS-Zeit ihren rechtmäßigen Eigentümern entzogen wurden. Im Januar 2015 wurde als zentraler Ansprechpartner das Zentrum für Kulturgutverluste in Magdeburg gegründet. Das DZK verwaltet die Lost-Art-Datenbank und fördert die dezentrale Provenienzforschung. Die Mittel dafür haben wir auf sechs Millionen Euro jährlich verdreifacht.

→ [Link zum Deutschen Zentrum Kulturgutverluste](#)

Kulturgutschutz und Bundesarchivrecht neu geregelt

Mit der Neuregelung des Kulturgutschutzrechts 2016 haben wir die gesetzlichen Grundlagen zum Schutz vor illegalem Handel und vor Abwanderung national bedeutsamer Kunstwerke ins Ausland geschaffen.

→ [Link zum Internetportal Kulturgutschutzgesetz Deutschland](#)

Im Jahre 2016 haben wir das Bundesarchivgesetz von 1988 an das digitale Zeitalter angepasst und zugleich Verbesserungen der Nutzerfreundlichkeit beim Aktenzugang beschlossen.

→ [Link zum Bundesarchivgesetz](#)

Denkmalschutz ist Erhalt kulturellen Erbes

Von 2013 bis 2017 haben wir fast 190 Millionen Euro für das Denkmalschutzsonderprogramm bereitgestellt. Hunderte von historischen Gebäuden als wichtiger Teil unserer kulturellen Identität konnten bundesweit restauriert und erhalten werden. 36 Denkmäler in Deutschland sind auf der Welterbeliste der UNESCO verzeichnet. Sie stehen unter dem Schutz der Internationalen Konvention für das Kultur- und Naturerbe der Menschheit.

→ [Link zur Übersicht Denkmalschutzprogramm](#)



**Tag des offenen Denkmals ist in diesem Jahr
am 10. September 2017**

Im **Europäischen Jahr des Kulturerbes 2018** sind alle Bürger eingeladen, Kulturerbe zu erleben. Historische Bauwerke sollen dabei die europäische Dimension von Kulturerbe bewusstmachen. Im Kulturhaushalt 2017 stehen für erste Projekte 3,6 Millionen Euro bereit. Die Veranstaltungen, Aktivitäten und Aktionen stehen unter dem Motto "SHARING HERITAGE". Einbezogen ist auch das immaterielle Kulturerbe und dessen europäische Dimension.

→ [Link zu Sharing Heritage](#)

Stärkung der Kulturförderfonds und Gründung des Musikfonds

Mit dem Haushalt 2016 haben wir die Kulturförderfonds des Bundes (Stiftung Kunstfonds, Fonds darstellende Künste, Literaturfonds, Fonds Soziokultur, Übersetzerfonds) aus dem Dach der Kulturstiftung des Bundes strukturell herausgelöst und so mehr Autonomie und Flexibilität bei der Förderung erreicht. Im September 2016 haben wir mit der Gründung des Musikfonds in Höhe von jährlich 1,1 Millionen Euro eine Förderlücke im Bereich zeitgenössischer Musik geschlossen.

→ [Link zum neuen Musikfonds](#)



Kulturprojekte als Motor des Zusammenlebens

Deutschland steht bei der Integrationspolitik vor einer historischen Herausforderung. Kultureller Austausch ist ein unerlässlicher Schlüssel für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dafür wurden die Initiativen „Kultur öffnet Welten“ und „Kulturelle Integration“ ins Leben gerufen. Mit der Stärkung der Kulturstiftung des Bundes und der Fortsetzung des Programms „Kultur macht stark“ über 2017 hinaus ermöglichen wir weiterhin wichtige Projektarbeit. Die Barenboim-Said-Akademie wurde in die dauerhafte Bundesförderung übernommen.

→ [Link zur Initiative Kultur öffnet Welten](#)

→ [Link zum Programm Kultur macht stark](#)

Die weitere Aufarbeitung unserer Geschichte bleibt unser politisches Kernanliegen. Wir fördern bundesweit über 30 Gedenkstätten, für deren Bildungsarbeit wir zusätzlich Mittel eingestellt haben. In München wurde das NS-Dokumentationszentrum eröffnet, das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Schöneweide, die Gedenkstätte Jugendwerkhof Torgau und die Robert-Havemann-Gesellschaft wurden in die Bundesförderung übernommen. Die Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur haben wir finanziell gestärkt und die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg als Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand fortentwickelt. Den Umzug des Alliierten-Museums an den ehemaligen Flughafen Berlin Tempelhof finanzieren wir mit insgesamt 27 Millionen Euro. → [Link Übersicht Aufarbeitung und Gedenken](#)

Vom Bund geförderte Einrichtungen zur Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft:

<p>Baden-Württemberg: KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg Gedenkstätte Grafeneck</p> <p>Bayern: KZ-Gedenkstätte Flossenbürg KZ-Gedenkstätte Dachau NS-Dokumentationszentrum München Memorium Nürnberger Prozesse</p> <p>Brandenburg: KZ-Gedenkstätte Ravensbrück KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen</p> <p>Bremen: Denkort U-Boot-Bunker Valentin</p> <p>Hamburg: KZ-Gedenkstätte Neuengamme</p> <p>Hessen: Gedenkstätte Hadamar Internationaler Suchdienst Bad Arolsen</p> <p>Niedersachsen: Gedenkstätte Bergen-Belsen Gedenkstätte Sandbostel Gedenkstätte Esterwegen</p> <p>Saarland: Gedenkstätte Gestapo-Lager Neue Bremm</p>	<p>Nordrhein-Westfalen: Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg Dokumentationsstätte NS-Ordensburg Vogelsang</p> <p>Thüringen: KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora KZ-Gedenkstätte Buchenwald</p> <p>Rheinland-Pfalz: Gedenkstätte SS-Sonderlager/KZ-Hinzert</p> <p>Sachsen: Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein Gedenkstätte Münchner Platz in Dresden</p> <p>Sachsen-Anhalt: KZ-Gedenkstätte Lichtenburg Gedenkstätte „Roter Ochse“</p> <p>Berlin: Gedenkstätte Deutscher Widerstand; Stiftung Topographie des Terrors; Gedenkstätte Haus Wannsee-Konferenz; Denkmal für die ermordeten Juden Europas; Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas; Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen; Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Schöneweide; Deutsche Dienststelle (WAST)</p>
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Stasiunterlagenbehörde erhalten

Die Sicherung der Stasiakten ist das Vermächtnis der Friedlichen Revolution von 1989/1990. Die Wiederwahl von Roland Jahn als Bundesbeauftragten für Stasiunterlagen am 9. Juni 2016 war ein wegweisendes Signal. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist für uns eine gesamtdeutsche Aufgabe mit internationaler Vorbildwirkung. Daher muss das Amt des Stasiunterlagenbeauftragten langfristig erhalten bleiben. Wir danken der Expertenkommission zur Zukunft der Stasiunterlagenbehörde für ihre wertvolle Arbeit. Infolge der öffentlichen Diskussion über mögliche Umstrukturierungen und der damit einhergehenden großen Verunsicherung bei den Opferverbänden haben wir uns ausdrücklich zum Erhalt der Stasiunterlagenbehörde bekannt. Zukünftige strukturelle Veränderungen der Behörde müssen Verbesserungen mit sich bringen. Der Zugang zu den Stasiakten für Öffentlichkeit und Forschung muss auch in Zukunft erhalten bleiben. Auf unsere Initiative hat der Deutsche Bundestag 30 Millionen Euro für einen Forschungsverbund zum Thema SED-Unrecht bereitgestellt, um noch stärker als bisher die wesentliche Rolle der SED in der Diktatur zu fokussieren. Wir setzen uns weiterhin für die Verlängerung der Überprüfungsmöglichkeiten über 2019 hinaus und für die Entfristung der Rehabilitierungsgesetze ein.

→ [Link zur Stasiunterlagenbehörde](#)



Fraktionsvorsitzender Volker Kauder MdB gratuliert Roland Jahn zu seiner Wiederwahl mit 511 von 570 Stimmen

Freiheits- und Einheitsdenkmal beschlossene Sache

Aus Überzeugung und in Anerkennung des jahrelangen Prozesses haben wir im Deutschen Bundestag am 1. Juni 2017 beschlossen, trotz Kostensteigerungen an der Umsetzung der Bundestagsbeschlüsse von 2007 und 2008 zur Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin festzuhalten und den Bau des Siegerentwurfs Bürger in Bewegung auf der Berliner Schlossfreiheit zu realisieren. Für uns ist und bleibt die Erinnerung an die Friedliche Revolution, an die Deutsche Einheit und alle Freiheitsbestrebungen unserer Nation eine tiefe innere Verpflichtung. Die Identität unserer Nation ist von unserer gesamten Geschichte und damit auch von freiheitlichen Momenten geprägt. Für uns ist die Überwindung der kommunistischen Diktaturen in der DDR und in Osteuropa der Höhepunkt der europäischen Freiheitsgeschichte. Wir wollen, dass sich auch die uns nachfolgenden Generationen der historischen Stunde der Friedlichen Revolution bewusst sind.

→ [Link zum Freiheits- und Einheitsdenkmal](#)

→ [Link zur Bundestagsdebatte am 1. Juni 2017](#)



Kommunismusgeschichte.de

Zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution 2017 finden Sie auf der neuen Website der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zahlreiche Informationen und Hinweise rund um das Thema Kommunismusgeschichte.

Weiterentwicklung Bundesvertriebenenförderung

Auch in dieser Wahlperiode engagierte sich die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag aktiv bei der Bewahrung und Pflege des Kulturerbes aus dem historischen deutschen Osten. Mit der Weiterentwicklung der Förderkonzeption nach §96 Bundesvertriebenengesetz im April 2016 haben wir uns zur fortbestehenden Rolle der deutschen Heimatvertriebenen bekannt und eine aktive Partizipation der deutschen Minderheiten als Träger deutscher Kulturarbeit erreicht. Die Schaffung neuer Kulturreferentenstellen sind ebenso Erfolge wie die Finanzierung des Museums für Russlanddeutsche in Detmold und der baulichen Erweiterung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg. Nicht zuletzt geht die Bereitstellung von 12 Millionen Euro für den Erwerb historischer Kunstgegenstände aus dem historischen deutschen Osten für die Bestände des Deutschen Historischen Museums auf die politische Initiative der Fraktion zurück. Insgesamt werden derzeit 17 Kultur- und Forschungseinrichtungen sowie Projekten der kulturellen Vermittlung mit jährlich über 20 Millionen Euro gefördert.

→ [Link zur Weiterentwicklung](#)

seit 2015 ist der 20. Juni

Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung gehört zu den zentralen erinnerungspolitischen Vorhaben der Bundesregierung. Zweck der Stiftung ist es, „im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen wachzuhalten“. Im Oktober 2016 war Richtfest für das neue Dokumentationszentrum der Stiftung im Deutschlandhaus Berlin.

→ [Link zur Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung](#)

10 Jahre Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft

Wir haben 2007 den Anstoß für die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft gegeben. Rund 250.000 Unternehmen mit einem Gesamtumsatzvolumen von 150 Milliarden Euro sind in der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland tätig. Seit 2016 gibt es in Berlin nun ein zentrales Kompetenzzentrum, welches für alle Akteure als kompetenter Ansprechpartner für Vernetzungen und Unternehmensgründungen dient. Mit dem Bundesprogramm „Kultur- und Kreativpiloten Deutschland“ werden jedes Jahr 30 Unternehmen mit einem einjährigen Mentoring Programm ausgezeichnet. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Buchbranche haben wir 2014 den ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Hörbücher eingeführt. Die deutsche Initiative, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz auch auf E-Books und E-Paper anzuwenden, steht derzeit noch in Brüssel zur Entscheidung an.



→ [Link zum Programm Kreativpiloten](#)

soziale Lage der Künstler

Künstlerinnen und Künstler sollen von ihrer künstlerischen Arbeit leben und nicht nur knapp überleben können. Im Juli 2014 haben wir mit der Reform der Künstlersozialversicherung eines der wichtigsten kulturpolitischen Vorhaben dieser Wahlperiode beschlossen. Diese ist für die soziale Absicherung von Künstlern unverzichtbar, europaweit einmalig und eines der wichtigsten Instrumente der Förderung von Kunst und Kultur. Durch ihre Reform wurde die Prüftätigkeit abgabepflichtiger Unternehmen durch die Deutsche Rentenversicherung verstärkt, was den Abgabesatz für alle Unternehmen, die kreative Leistungen nutzen, von 5,2 auf 4,2 Prozent sinken ließ.

→ [Link Künstlersozialkasse](#)



Urheberrecht Schutz des geistigen Eigentums

Mit der Reform des Urhebervertragsrechts hat die Koalition dafür gesorgt, dass die Leistungen von Urhebern und ausübenden Künstlern künftig fairer bezahlt werden. Gleichzeitig hat die Union darauf geachtet, dass die Werkmittler vor unangemessener Bürokratie und Rechtsunsicherheiten in der Verwertung kreativer Werke geschützt werden. In Reaktion auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs haben wir außerdem die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass Verleger weiter an Einnahmen aus gesetzlichen Vergütungsansprüchen über Verwertungsgesellschaften beteiligt werden können, um so das bewährte Zusammenwirken von Autoren und Verlegern in Deutschland weiter garantieren zu können. Auch im digitalen Zeitalter gilt der Anspruch des Urhebers auf Schutz seines geistigen Eigentums. Das neue Verwertungsgesellschaftengesetz modernisiert die Rahmenbedingungen der für die Künstlererlöse wichtigen Verwertungsgesellschaften und regelt für die Geräte-industrie verbindlichere Hinterlegungspflichten für die Privatkopie-vergütung.

Bund-Länder-Medienkommission

In dieser Wahlperiode hat erstmals eine gemeinsame Bund-Länder-Kommission zur Medienordnung getagt. Die Konvergenz der Medien erfordert eine deutlich stärker aufeinander abgestimmte Medienregulierung von Bund und Ländern. Die im Juni 2016 beschlossenen Handlungsempfehlungen betreffen den Jugendmedienschutz, das Medienkartellrecht, Plattformregulierung, Suchmaschinen und die EU-Richtlinie zu audiovisuellen Mediendiensten.

Mit der 9. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen hat die Koalition Presseverlagen auf zehn Jahre befristet gestattet, unterhalb der redaktionellen Ebene zusammenzuarbeiten. Presseverlage dürfen nun Absprachen z. B. im Werbegeschäft und im Vertrieb treffen.

→ [Link zum Bericht Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz](#)



Stärkung der Deutschen Welle

Unser Auslandssender Deutsche Welle ist die mediale Visitenkarte Deutschlands in der Welt. Sie vermittelt unsere freiheitlichen Werte in 30 Sprachen an über 135 Millionen Menschen pro Woche. Wir haben die Neuausrichtung des Senders unter Intendant Peter Limbourg zu einem breaking-news-fähigen englischsprachigen TV-Kanal unter Beibehaltung und Reform des deutschsprachigen Kanals unterstützt. Die enorme Kürzung in Zeiten der vormaligen rot-grünen Bundesregierung konnten wir durch eine kontinuierliche Mittelserhöhung auf inzwischen rund 326 Millionen Euro jährlich mehr als wieder rückgängig machen. Der Kulturhaushalt 2018 sieht nochmals eine Steigerung um 25 Millionen Euro vor. Damit wird der weiterhin wichtigen Bedeutung unseres Auslandssenders im Angesicht internationaler Krisen und Kriege Rechnung getragen. → [Link zur Deutschen Welle](#)

Selbstverständnis der Deutschen Welle Akademie:

Wir sind überzeugt, dass unabhängige Medien und verantwortungsvoller Journalismus weltweit unverzichtbar sind. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ist es uns ein Anliegen, dass jeder Mensch seine Meinung frei äußern kann und Zugang zu unabhängigen Informationen hat. Darin sehen wir eine wichtige Voraussetzung für Frieden und Demokratie.

Filmförderung ist Kulturförderung

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Januar 2014 über die Verfassungsmäßigkeit der bisherigen Förderpraxis durch die Filmförderungsanstalt (FFA) wurde die Zuständigkeit des Bundes für die Filmförderung bestätigt und Planungssicherheit geschaffen. Kinofilme sind nicht nur Wirtschaftsgut, sondern vor allem auch Kulturgut. Durch die Novellierung des Filmförderungsgesetzes im Jahr 2016 haben wir neue und flexiblere Förderinstrumente geschaffen.

Noch nie floss so viel Geld in die deutsche Filmförderung. In der Amtszeit von Staatsministerin Prof. Monika Grütters MdB wurden die Mittel mehr als verdoppelt. Im Kulturhaushalt 2018 werden nunmehr insgesamt 150 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

→ [Link zur Filmförderungsanstalt](#)

Filmempfang der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Immer am Tag der Verleihung des Deutschen Filmpreises ist er inzwischen zu einer guten Tradition geworden.



Fraktionsvorsitzender Volker Kauder MdB, Iris Berben, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters MdB und Marco Wanderwitz MdB auf dem CDU/CSU-Filmempfang 2014

unser Kultursalon - Kultur trifft Politik

Um die Bedeutung der Kultur zu unterstreichen und den Dialog mit der Kulturszene auszubauen, haben wir am 8. Juni 2016 zum Kultursalon unter der Kuppel in den Reichstag, mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, eingeladen. Vier Podiumsdiskussionen und ein hochkarätiges künstlerisches Rahmenprogramm gaben den über 1.200 Gästen die Möglichkeit zum intensiven Austausch.



Unsere Kultur ist die Grundlage unseres Zusammenlebens. Deshalb ist Kulturförderung für diese Bundesregierung keine Subvention. Sie ist eine Investition in ein lebenswertes Deutschland“, so Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB in ihrer Regierungserklärung zu Beginn der unionsgeführten Bundesregierung 2005.

Von diesem Grundsatz lassen wir uns leiten. Für uns bleibt der Kultur- und Medienbereich keine Nebensache, sondern Kernanliegen unserer Politik. Seit Beginn der unionsgeführten Bundesregierung im Jahre 2005 ist die Kultur- und Medienpolitik aus dem Schatten der großen Politikfelder getreten. Es gibt allen Grund, weiterhin Vertrauen in die Kultur- und Medienpolitik von CDU und CSU zu setzen.

bedeutende Kulturereignisse

Folgende national und international bedeutsame Kulturereignisse haben wir in den vergangenen Jahren konzeptionell begleitet und finanziell mit Bundesmitteln gefördert:

➤ **Reformationsjubiläum 2017**

[Link](#)



➤ **Bauhausjubiläum 2019**

[Link](#)



➤ **Beethovenjubiläum 2020**

[Link](#)



„Bauhaus-Frühstück“ der Arbeitsgruppe Kultur und Medien im Juli 2016

Preise als Würdigung kulturellen Engagements

- **Preis kulturelle Bildung**
Auszeichnung beispielhafter Projekte der kulturellen Vermittlung
[Link Informationen und Teilnahmebedingungen](#)
- **Theaterpreis**
Würdigung herausgehobener Leistungen kleiner und mittlerer Theater
[Link Deutsches Zentrum Theaterinstitut](#)
- **Kinoprogrammpreis**
Auszeichnung an Kinos für ein kulturell herausragendes Jahresfilmprogramm
[Link Infos Kinoprogrammpreis](#)
- **Buchhandlungspreis**
Auszeichnung für inhabergeführte Buchhandlungen
[Link zu Informationen Buchhandlungspreis](#)
- **Spielstättenprogrammpreis APPLAUS**
Preis für herausragende Vertreter der deutschen Club- und Musikkultur
[Link zur Initiative Musik](#)
- **Sonderpreis Kultur öffnet Welten**
[Link zu Informationen und Teilnahmebedingungen](#)

21. Mai
UNESCO-Welttag der kulturellen Vielfalt

Parlamentarische Initiativen der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 2013-2017

- Einsetzung einer Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik [Drucksache 18/1957](#)
- Die Aufarbeitung der SED-Diktatur konsequent fortführen [Drucksache 18/8705](#)
- Zukunftsweisende Kulturpolitik im demografischen Wandel. Stärkung der Kultur im ländlichen Raum [Drucksache 18/5091](#)
- UNESCO-Weltkulturerbe dauerhaft sichern [Drucksache 18/5216](#)
- Die Welt neu denken. Der 100. Jahrestag der Gründung des Bauhauses im Jahre 2019 [Drucksache 18/3727](#)
- Entschließungsanträge zur Aufgabenplanung der Deutschen Welle 2014 bis 2017 [Drucksache 18/3597](#) und [Drucksache 18/12514](#)
- Kultur baut Brücken. Der Beitrag von Kulturpolitik zur Integration [Drucksache 18/10634](#)
- Beschlüsse zum Freiheits- und Einheitsdenkmal konsequent umsetzen [Drucksache 18/12550](#)
- Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten schaffen [Drucksache 18/12781](#)

Arbeitsgruppe Kultur und Medien der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Michael Kretschmer
stellv. Vors. der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion



Marco Wanderwitz
Vors. der Arbeitsgruppe
Kultur und Medien



Ansgar Heveling
Obmann der Arbeitsgruppe
Kultur und Medien



**Dr. Herlind
Gundelach**, stellv. Vors.
Ausschuss Kultur u. Medien



Ute Bertram



**Dr. Astrid
Freudenstein**



Yvonne Magwas



Dagmar Wöhrle



Ulrich Petzold



Johannes Selle

stellvertretende Mitglieder: Ursula Groden-Kranich, Andrea Lindholz, Maria Michalk, Elisabeth Motschmann, Dr. Christoph Bergner, Hartmut Koschyk, Dr. Philipp Lengsfeld, Heinrich Zertik

Kontakt

Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227-52712
Email: ag19@cducsu.de
www.cducsu.de

Bildnachweis:

S. 3: Stephan Falk / Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss;
S. 9: Milla & Partner; S. 5, 6, 11, 12, 13, 16: pixabay.com;
S. 8, 14, 15, 16, 19: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Stand Juni 2017